

Deklaration der Österreichischen Sozialpartner



50 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE

Auf dem Weg zu mehr
Wachstum und Beschäftigung

Wien, März 2007

AUF DEM WEG ZU MEHR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

50 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE - VERSÖHNUNG, FRIEDENSSICHERUNG, FORTSCHRITT

Die Europäische Union feiert 2007 den 50. Jahrestag der Verträge von Rom. Gegründet in dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen und durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, hat das europäische Einigungswerk eine historisch beispiellose friedliche Entwicklung genommen.

Schon in seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 - dieser Tag ist seither „Europatag“ - verwies der französische Außenminister Robert Schuman auf diesen Gründungsaspekt:

„Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. ...Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen.“

Aus dem Europa der Sechs ist eine Union mit 27 Mitgliedstaaten geworden, die auf gleichberechtigter Basis ihre Interessen vertreten und gemeinsam die in den Verträgen festgelegten Ziele verfolgen.

Vor diesem Hintergrund bekräftigen die österreichischen Sozialpartner ihr Bekenntnis zur europäischen Integration. Ihre Schlussfolgerung von

1989, „*dass aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht eine umfassende und gleichberechtigte Teilnahme Österreichs am Binnenmarkt sinnvoll ist*“ (Sozialpartner-Stellungnahme 1989), hat sich angesichts der seit dem Beitrittsantrag erfolgten Integrationsschritte als richtig erwiesen. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die Grundlage für die Währungsunion gelegt, die Verträge von Amsterdam und Nizza brachten in Reaktion auf die sich abzeichnenden Beitritte der ost- und mitteleuropäischen Staaten Änderungen in einzelnen Politikbereichen und institutionelle Reformen. Der 1995 erfolgte Beitritt hat Österreich den ungehinderten Zugang zum größten Binnenmarkt der Welt und die Mitgestaltung am Projekt Europa gesichert.

ZIELE: SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT - VOLLBESCHÄFTIGUNG - NACHHALTIGKEIT

Zweifellos gehört die Europäische Union zu den wichtigsten politischen Projekten der Gegenwart. Sie steht - bei weiterhin existierenden nationalen Unterschieden und Besonderheiten - für ein eigenständiges Sozial- und Gesellschaftsmodell, das sich von anderen Modellen unterscheidet.

Die österreichischen Sozialpartner vertreten ein Wirtschafts- und Sozialmodell, das zugleich europäische Werte und Lebenskultur beinhaltet - eine soziale Marktwirtschaft, eine nachhaltig und qualitativ wachsende Wirtschaft mit einer Politik der Standortsicherung, der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts sowie umfassende Lebensqualität für die Menschen. Dieses Modell muss Antwort bieten auf die aktuellen Fragen der Bürgerinnen und Bürger Europas hinsichtlich einer Existenz- und Zukunftssicherung, die durch eine florierende Wirtschaft auf Basis einer wachstums- und

beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik gewährleistet werden kann. Die Antwort auf die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs kann nicht Rückzug heißen, sondern: Europas Stärken nutzen, Schwächen verringern und sich gemeinsame Ziele setzen.

Diese Zielsetzungen - gute Wirtschaftsleistungen, ein hohes Sozialschutzniveau und ein hoher Bildungs- und Ausbildungsstand - stehen im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Barcelona, März 2002). Das Ziel der Vollbeschäftigung als Kernstück der Lissabon-Strategie und Hauptziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird auch von den österreichischen Sozialpartnern vollinhaltlich unterstützt (zuletzt in der Deklaration der Österreichischen Sozialpartner, Bad Ischl, September 2006).

DISKUSSION ÜBER DEN EUROPÄISCHEN VERFASSUNGSVERTRAG - CHANCE FÜR EINE UMFANGREICHE REFORM

Die Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden haben ein deutliches Unbehagen der Bürger aufgezeigt. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass sich europäische Politik einerseits an den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger orientiert und andererseits auch ein entsprechender Dialog sowie eine verständliche Kommunikation stattfindet.

Die Staats- und Regierungschefs haben dies schon in der „Erklärung von Laeken“ (2001) zum Ausdruck gebracht: „... der Bürger verlangt ein klares, transparentes, wirksames, demokratisch bestimmtes gemeinschaftliches Konzept - ein Konzept, das Europa zu einem Leuchtfeuer werden lässt, das für die Zukunft der Welt

richtungweisend sein kann, ein Konzept, das konkrete Ergebnisse zeitigt, in Gestalt von mehr Arbeitsplätzen, mehr Lebensqualität, weniger Kriminalität, eines leistungsfähigen Bildungssystems und einer besseren Gesundheitsfürsorge. Es steht außer Frage, dass Europa sich dazu regenerieren und reformieren muss“.

Der vorliegende Entwurf für eine „Verfassung für Europa“ entspricht aus Sicht der österreichischen Sozialpartner diesen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nur zum Teil. Die deutsche sowie die nachfolgenden EU-Präsidentschaften sind daher aufgerufen, einen Konsens zur Überarbeitung des Entwurfs herbeizuführen. Die Reflexionsphase muss als Chance für eine umfassendere Reform der EU gesehen werden, die zu einer Stärkung der europäischen Integration, zu mehr Demokratie und zu einer Aufwertung der Sozialpartner führt.

DIE SOZIALPARTNER – MITGESTALTER DES WANDELS

„Die Sozialpartner werden auf europäischer Ebene ihre Zusammenarbeit verstärken. Wenn Europa eine Herzensangelegenheit für seine Bürger sein will, muss es nicht nur ein Europa der Märkte, sondern auch ein Europa der Menschen sein.

Ein wesentlicher Teil unseres Wohlstandes wird außerhalb der Grenzen Österreichs verdient. Die Sicherung und der Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Begleitung unserer Betriebe auf nicht österreichische Märkte ist daher wesentliche Sozialpartner-Aktivität.

Globalisierung soll nicht nur globalen Wettbewerb, sondern auch globale Solidarität ermöglichen. Eine globale Sozialpartnerschaft, die ein globales Ethos im Sinne einer gemeinsamen sozialen Verantwortung

mitentwickelt, auf Fair Trade setzt, einen globalen Marshall-Plan unterstützt und die Sozialpartnerorganisation ILO (International Labour Organisation) einbezieht, soll angestrebt werden und besondere österreichische Entwicklungsimpulse erhalten.“

(Deklaration der Österreichischen Sozialpartner, Bad Ischl, September 2006)

Die österreichischen Sozialpartner sehen sich als Manager des Wandels. Sie haben wesentlich zur Erfolgsgeschichte Österreichs beigetragen. Sie haben wesentlich mitgeholfen, den Weg in die EU zu ebnen. Und sie haben konkrete Vorstellungen, in welche Richtung sich Europa weiterentwickeln muss. Die Sozialpartner wollen ein Europa, das wirtschaftliche Effizienz mit Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit verbindet und damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Lösungskompetenz europäischer Politik wiederherstellt.

WELCHES EUROPA WOLLEN WIR?

1. *Ein Europa mit Wachstum und Wohlstand*
2. *Ein soziales Europa mit mehr und besseren Arbeitsplätzen*
3. *Ein bürgernahes Europa*
4. *Ein solidarisches und menschliches Europa*
5. *Ein starkes und handlungsfähiges Europa*
6. *Ein Europa des Friedens und der Sicherheit*
7. *Ein kreatives, kulturell reiches Europa*
8. *Ein Europa als Region der Einheit und Vielfalt, in der das Prinzip der Subsidiarität gilt*
9. *Ein Europa der Lebensqualität und Nachhaltigkeit*
10. *Ein sozialpartnerschaftliches Europa*

Die Sozialpartner sehen dabei in folgenden Politikfeldern einen Handlungsbedarf:

- **Erweiterung und Vertiefung:**

Die Attraktivität der Europäischen Union für potentielle Erweiterungskandidaten ist ungebrochen. Die EU hat damit die Chance, zu einem globalen Stabilitätsanker zu werden, der für Frieden, Demokratie und Wohlstand steht. Die Weiterentwicklung der EU droht aber an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Union und der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu stoßen. In diesem Sinne sprechen sich die österreichischen Sozialpartner für ein klares Konzept der Aufnahmefähigkeit der Union aus, wobei insbesondere die institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte zu berücksichtigen sind. Damit die EU im Inneren wie gegenüber den Herausforderungen der Globalisierung handlungsfähig bleibt, haben künftige Erweiterungen mit erheblichen Auswirkungen auf die Union erst nach einer Vertiefung stattzufinden. Das wäre ein wichtiger Beitrag, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungskompetenz der Union zu erhöhen.

- **Wachstum und Beschäftigung:**

Wachstum und Beschäftigung sind zentrale Herausforderungen der Union und stehen im Zentrum der Strategie von Lissabon. Europa kommt jedoch auf dem Weg der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung, den es mit der Strategie von Lissabon beschritten hat, nur langsam voran. Die Neuorientierung seit 2005 mit ihrer Fokussierung auf Forschung, Innovation, Beschäftigung und Bildung bietet die Chance, Europas Wettbewerbsfähigkeit zu

erhöhen und den Zielen der Lissabon-Strategie näher zu kommen. Europa wird im Kostenwettbewerb nicht reüssieren können, sondern seine Chance im raschen Umsetzen von Know-how, Wissen, Qualifikation und Innovation nützen müssen.

- **Mehr und bessere Arbeitsplätze:**

Eine der größten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ist die Beschäftigungssituation. Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Europa zurückgegangen ist, bedarf es verstärkter und gemeinsamer Anstrengungen zur Förderung von mehr und hochwertigen Arbeitsplätzen. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen wie Mitbestimmung und kollektive Interessenvertretung, faire Löhne, gleiche Chancen für Frauen und Männer, Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation sowie Förderung des lebenslangen Lernens und der Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung.

- **Verbesserte Ausrichtung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik:**

Die österreichischen Sozialpartner bekräftigen ihre im Jahr 2005 in der Studie „Die makroökonomische Politik der EU und die Lissabon-Strategie der EU“ präsentierten Empfehlungen für eine verbesserte Ausrichtung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union. Dazu zählen unter anderem *„eine verbesserte Abstimmung zwischen Geld- und Fiskalpolitik, die beide auch auf das Ziel des Wirtschaftswachstums ausgerichtet sein müssen“*.

Weiters fordern die österreichischen Sozialpartner eine möglichst weitgehende Annäherung der Steuersysteme, um Transparenz,

Vereinfachung und das Schließen von Steuerschlupflöchern zu bewirken und einem unfairen Steuerwettbewerb innerhalb der EU entgegenzuwirken.

Eine Verbesserung der Koordinierung der verschiedenen Elemente der Wirtschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union erfordert auch eine verstärkte Einbindung des Europäischen Parlaments und der Sozialpartner in die europäische Politikgestaltung.

- **Ein Binnenmarkt für die Bürgerinnen und Bürger:**

Aus Sicht der österreichischen Sozialpartner soll der Binnenmarkt ein Motor für Wachstum und Beschäftigung und gleichzeitig ein Instrument zur Verbesserung der Lebensqualität in Europa sein. Die Binnenmarktpolitik muss verstärkt all diese Dimensionen berücksichtigen. Die Sozialpartner bekräftigen gleichzeitig ihre Auffassung, dass Leistungen der Daseinsvorsorge ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung des sozialen und territorialen Zusammenhalts sind, die von jedem Staat individuell festgelegt werden und die erschwinglich, effizient erbracht und für alle zugänglich sein sollen.

- **Umwelt- und Energiepolitik als zentrale Themen:**

Die Sozialpartner betonen, dass ein hohes Umweltschutzniveau und eine sichere Versorgung mit Energie - unter entsprechender Berücksichtigung erneuerbarer Energie - zu erschwinglichen Preisen von enormer Bedeutung für die Zukunft der Union sind. Die Union muss den Ehrgeiz aufbringen nicht nur zum dynamischsten wissensbasierten, sondern auch zum energie- und ressourceneffizientesten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

Dies wäre darüber hinaus ein wichtiger Beitrag Europas zur Bekämpfung des Klimawandels.

- **Ein Europa der Vielfalt in der Einheit:**

Der europäische Einigungsprozess geht weit über Wirtschaft und Politik hinaus. Europa zeichnet sich durch eine lange und reiche kulturelle Tradition aus. Die sprachliche Bildung und das gegenseitige Kennenlernen verschiedener Kulturen sind wichtige Voraussetzungen dafür, um die EU erlebbar/begreifbar zu machen. Es gilt, bei den jungen Menschen anzusetzen, die die Zukunft Europas sind. Für das gegenseitige Verständnis kommen deshalb Programmen - wie jenen zur Förderung des Jugendaustausches - große Bedeutung zu. Sie sind essentiell, um ein Europa „von Bürgern für Bürger“ zu schaffen, das durch Vielfalt in der Einheit gekennzeichnet ist.

In diesem Sinne fordern die österreichischen Sozialpartner die Bundesregierung auf, dafür einzutreten, dass der 50. Jahrestag der Römischen Verträge zum Anlass genommen wird, die Europäische Union ein Stück handlungsfähiger und damit zukunftsfähiger zu machen:

Erhöhung des Wirtschaftswachstums, Schaffung von Arbeitsplätzen, Bewältigung der Folgen der Globalisierung, Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Solidarität - ein Europa der Zukunft, das den Erwartungen seiner Menschen bestmöglich entspricht.



Rudolf Hundstorfer
Österreichischer Gewerkschaftsbund



Dr. Christoph Leitl
Wirtschaftskammer Österreich



Rudolf Schwarzböck
Landwirtschaftskammer Österreich



Mag. Herbert Tumpel
Bundesarbeitskammer

Wien, am 22. März 2007

